

Soziale Arbeit, Bürgerschaft und (Post-)Demokratie: Über die Notwendigkeit, Soziale Arbeit in demokratiethoretischen Widersprüchen zu denken

Wagner, Thomas

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Wagner, T. (2013). Soziale Arbeit, Bürgerschaft und (Post-)Demokratie: Über die Notwendigkeit, Soziale Arbeit in demokratiethoretischen Widersprüchen zu denken. *Widersprüche : Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich*, 33(130), 61-86. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-48386-7>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Thomas Wagner

Soziale Arbeit, Bürgerschaft und (Post-)Demokratie – Über die Notwendigkeit, Soziale Arbeit in demokratiethoretischen Widersprüchen zu denken¹

Möchte man sich dem Verhältnis von Sozialer Arbeit und Demokratie zuwenden, dann lässt sich in einer ersten Annäherung über ein Zitat der amerikanischen Politologin Wendy Brown eine aufschlussreiche Analogie herstellen. Brown zufolge befindet sich Demokratie aktuell in einer widersprüchlichen Situation:

„Die Demokratie erfreut sich heute einer nie dagewesenen weltweiten Popularität und ist gleichzeitig nie zuvor konzeptionell vager beziehungsweise substanzärmer gewesen. [...] wie Barack Obama ist sie ein leerer Signifikant, an den jeder seine Träume und Hoffnungen knüpfen kann. [...] Das Loblied der Demokratie wird heute nicht nur rund um den Globus, sondern auch durch das gesamte politische Spektrum hindurch gesungen. [...] Berlusconi und Bush, Derrida und Balibar, italienische Kommunisten und Hamas – wir sind jetzt alle Demokraten. Aber was ist von der Demokratie übrig geblieben?“ (Brown 2012: 55f).

In gewisser Hinsicht ähnelt diese allgemeine Einschätzung der besonderen Situation, die begrifflich und thematisch für Demokratie mit Blick auf Theoriebildung und damit verbundener Selbstbeschreibungen Sozialer Arbeit kennzeichnend ist. In gewisser Hinsicht ähnelt diese allgemeine Einschätzung der besonderen Situation, die begrifflich und thematisch für Demokratie mit Blick auf Theoriebildung und damit verbundener Selbstbeschreibungen Sozialer Arbeit kennzeichnend ist. Wirft man einen Blick auf die Diskurslandschaft Sozialer Arbeit, so scheint man auch hier ausschließlich auf „Demokrat_innen“ zu treffen. Zwar zeichnen sich erst allmählich Anfänge eines expliziten Diskurses zu diesem Verhältnis in den Debatten um Soziale Arbeit ab (vgl. Flößer/Otto 1998;

1 An dieser Stelle möchte ich Fabian Kessl für seine kritischen und weiterführenden Kommentierungen herzlich danken.

Redaktion Widersprüche 2012; Geisen et al 2013; Mührel/Birgmeier 2013). Doch schon seit ihren Pioniertagen zählt Demokratie zu den zentralen Bezugspunkten, mittels derer Soziale Arbeit als solche begründet wird (vgl. u.a. Addams [1910]1960: 98; Müller 2005; Oehler 2013). „Demokratisierung“ lässt sich als Zielperspektive sowohl in kritisch-emanzipatorischen Theorieentwürfen Sozialer Arbeit wiederfinden wie auch in den Publikationen neoliberaler Think-Tanks zur Bedeutung der Partizipation von Kindern und Jugendlichen in öffentlichen und sozialen Diensten; gleichwohl teilweise recht unterschiedlich ausgedeutet. Ganz allgemein – sei es nun mit Blick auf ihre Kultur, ihre professionelle Rationalität oder ihre Beschaffenheit als Lernort – wird Sozialer Arbeit von Vielen gerne das Attribut „demokratisch“ zuerkannt. Dies geschieht oftmals jedoch nur beiläufig, so als sei eine genauere Klärung dessen, was damit im Rahmen Sozialer Arbeit verstanden werden soll, nicht weiter nötig. Insofern – insbesondere vor dem Hintergrund der doch teilweise recht unterschiedlichen Standpunkte und damit implizit oder explizit verbundenen politischen Positionen, von denen aus Demokratie reklamiert wird – kann man auch mit Blick auf die Soziale Arbeit die Frage stellen, inwiefern Demokratie für sie tatsächlich mehr ist als eine Worthülle, der sich jeder bedienen kann, die alles und damit zugleich nichts bedeutet. Dies mag bis zu einem gewissen Grad auch zutreffend sein.

Andererseits verweist m.E. der breite Gebrauch aber ebenfalls darauf, dass Demokratie etwas ist, um dessen Bedeutung und Ausgestaltung auf unterschiedlichsten gesellschaftlichen Ebenen – und damit eben auch innerhalb der Sozialen Arbeit – auf Basis recht unterschiedlicher Interessen und verfügbarer Machtmittel gekämpft wird.

Die Frage danach, was von der Demokratie in der Sozialen Arbeit bei genauerem Hinschauen unterm Strich übrig bleibt, lässt sich jedoch noch in eine weitere Richtung dynamisieren, wenn man jenseits der Ebene ihrer Theoretischen Vergewisserungen und Selbstbeschreibungen einen Blick auf ihre institutionalisierte Praxis wirft.

Selbst auf der Basis des Arguments ihrer grundsätzlichen Umkämpftheit und auch ohne genauere Begriffsklärung sollte bereits bei einer oberflächlich bleibenden Betrachtung ihrer Geschichte auffallen, dass das Verhältnis Sozialer Arbeit zu recht unstrittigen demokratischen Prinzipien, wie z.B. individuellen Schutz- und Freiheitsrechten oder partizipativer Mitbestimmung, sich alles andere als eindeutig und widerspruchsfrei gestaltet. Soziale Arbeit fungierte oftmals nicht als eine Instanz der Demokratisierung und war selbst nicht demokratisch organisiert, sondern war vielmehr durch autoritäre Verhältnisse geprägt, die sie zugleich zu stützen versuchte. Dabei ist nicht allein an ihr Wirken unter den

Bedingungen obrigkeitsstaatlicher oder totalitärer Regime zu erinnern, so z.B. mit Blick auf ihre legitimierende Funktion für „bürgerliche“ Privilegien, die mit dem Drei-Klassen-Wahlrecht des deutschen Kaiserreichs zusammenhingen (vgl. Gräser 2009), oder mit Blick auf ihre tiefe Verstrickung in das NS-Regime (vgl. Steinacker 2008). Wie uns gerade die wissenschaftliche Aufarbeitung des „Heimterrors“ bundesdeutscher Jugendfürsorgeeinrichtungen sowie die Proteste gegen paternalistische Bevormundung und Enteignung aus anderen Arbeitsfeldern (so z.B. seitens sogenannter „Psychiatrieüberlebender“ oder der „Krüppelbewegung“, vgl. Barnes 1997; Mürner/Sierck 2012; Kappeler 2013) sehr eindrücklich vor Augen führen, kann Soziale Arbeit auch unter den formalen Bedingungen einer repräsentativen Demokratie einen Ort bilden, an dem es bei weitem nicht immer „demokratisch“ zugehen muss.

Das Verhältnis Sozialer Arbeit zur Demokratie gestaltet sich somit bereits bei einer oberflächlich bleibenden Betrachtung widersprüchlich, so dass sich die Frage danach, was Demokratie in der Sozialen Arbeit heute überhaupt meint – sowohl mit Blick auf ihre Nutzer_innen wie auch mit Blick auf ihre professionellen Fachkräfte – Aktualität besitzt. Dabei möchte ich in Bezug auf diese Frage die These vertreten und im Folgenden im Anschluss an meine eigenen theoretischen Überlegungen näher begründen, dass über die Fokussierung dieser Widersprüchlichkeit ein zentraler Schlüssel für ein tieferes Verständnis des Verhältnisses von Sozialer Arbeit und Demokratie gewonnen werden kann und somit alles andere als vorschnell ausgeklammert werden darf. Es ist hier nicht damit getan, die historische Evidenz antidemokratischer Elemente und Strukturen Sozialer Arbeit mit dem Hinweis auf ihre Funktionalisierung durch ein politisches „Außen“ zu erklären und somit als ein Abweichen von einer „reinen“ und unverfälschten Lehre einer „guten“ Sozialen Arbeit. Denn auf diese Weise wird letztendlich der Blick wieder davon genommen, worauf er gerichtet werden soll: auf Spannungsverhältnisse, die für Soziale Arbeit selbst konstitutiv sind. Demgegenüber muss m.E. diese Widersprüchlichkeit bei jedem weiteren Bestimmungsversuch des Verhältnisses von Sozialer Arbeit zur Demokratie einen zentralen Fokus der Analyse bilden. Denn nur auf Grundlage eines solchen kritischen Blicks lässt sich die Frage, inwiefern Soziale Arbeit ein Potenzial zur weiteren Demokratisierung von Gesellschaft entfalten kann, in einer angemessenen Art und Weise stellen.

Um diesen Gedanken weiter zu entfalten werde ich im Folgenden an ein kritisches Begriffsverständnis von Bürgerschaft² anschließen und auf diese Weise

2 Ich wähle im folgenden in Bezug auf Begriffe wie „Bürgerschaft“ oder „Bürgerrechte“ bewusst vorwiegend die rein männliche Schreibweise, um die bestehenden

das Verhältnis Sozialer Arbeit zur Demokratie näher in den Blick nehmen. Auf Basis der These, dass Soziale Arbeit sich in einem für sie konstitutiven Spannungsverhältnis von Ver- und Entbürgerlichung bewegt, wird dann in einem zweiten Schritt der Frage nach einem möglichen Beitrag aktuell diskutierter Post-Demokratie-Theorien zur Analyse und zum Verständnis des widersprüchlichen Verhältnisses von Demokratie und Sozialer Arbeit nachgegangen. Hier möchte ich die These vertreten, dass deren Beitrag vor allem darin liegen könnte, die anhaltenden gesellschafts- und sozialpolitischen Transformationsprozesse, denen Soziale Arbeit aktuell unterliegt, demokratietheoretisch in den Blick zu nehmen und somit deren Konsequenzen für das Verhältnis von Demokratie und Sozialer Arbeit genauer herauszuarbeiten.

Soziale Arbeit im Spannungsverhältnis von Ver- und Entbürgerlichung

Mein zentraler Bezugspunkt zur Bestimmung des Verhältnisses von Demokratie und Sozialer Arbeit erschließt sich über den Begriff von Citizenship bzw. Bürgerschaft. Da dieser Begriff gerade im deutschen Sprachraum doppeldeutig ausfällt, gilt es, ihn zunächst kritisch unter die Lupe zu nehmen.

Im Sinne von Citoyen (bzw. Citizen) verweist der Begriff auf die Mitgliedschaft in einem politischen Gemeinwesen. Dabei lässt sich diese Mitgliedschaft sowohl unter dem Aspekt von Status analysieren, also im Sinne eines (politischen) Subjektstatus, dem sich ein historisch variables Arrangement von zivilen, politischen und sozialen Rechten und Pflichten zuordnen lässt (vgl. u.a. Marshall 1992), an dem alle Mitglieder einer Gesellschaft partizipieren sollen. Diese Partizipation an Bürgerrechten kennt de facto Abstufungen (so z.B. in Bezug auf die Kategorie „Ausländer“)³ und ist somit unter den Gesellschaftsmitgliedern oft ungleich verteilt. Dennoch verbindet sich mit diesen Rechten zugleich auch ein Postulat von Gleichheit, mittels dessen diese Ungleichheiten seitens ausgeschlossener Gruppen problematisiert werden können (vgl. Lister 1997: 4). Gleichzeitig lässt sich Bürgerschaft in diesem Sinne mit Fokussierung auf den Aspekt von Praxis ausleuchten, d.h. mit Blick auf jene (politischen) Aktivitäten, über welche sich Personen im politischen Subjektstatus „Bürger_in“ konstituieren, d.h. Bürgerrechte

Widersprüche und herrschaftstheoretischen Dimensionen, die in diesen Begriffen stecken, nicht zu euphemisieren.

3 Zum Verhältnis der Kategorie „Ausländer“ und Bürgerrechten sowie damit verbundenen Kämpfen vgl. insbesondere Mackert (1999) und Bojadžijev (2006).

in Anspruch nehmen oder aber für sich zu reklamieren und erstreiten versuchen (vgl. Isin/Nielsen 2008).

Aus einer demokratietheoretischen Perspektive ist es dann auch gerade diese Bürgerschaft konstituierende politische Praxis, die Demokratie begründet. Der zentrale Kern von Demokratie liegt dabei in dem Anspruch auf einem Anteil aller Bürger_innen an politischer Herrschaft (vgl. Thompson 1970: 3), d.h. einer Beteiligung an kollektiv bindenden Entscheidungsprozessen zur Gestaltung politischer Gemeinwesen und den in ihnen vorherrschenden Lebensverhältnissen.⁴ Was mit einem solchen Anteil nun konkret gemeint ist, ist natürlich auslegungsbedürftig. Wie ich an anderer Stelle bereits verdeutlicht habe (vgl. Wagner 2012; 2013) verrete ich die These, dass dieses politische Element von Bürgerschaft – entgegen der klassischen Auffassung – eben nicht nur mit Blick auf politische Institutionen im engeren Sinne bedeutsam ist.

Da kollektiv bindende Entscheidungsprozesse über die Gestaltung von Lebensverhältnissen auch an Orten stattfinden, die sehr häufig als unpolitisch betrachtet werden, u.a. auch in Wirtschaftsbetrieben, wohlfahrtstaatlichen Institutionen oder (Hoch-)Schulen, lässt sich Bürgerschaft konstituierende politische Praxis somit konsequenter Weise nicht auf parlamentarische Repräsentation und damit verbundene Wahlakte beschränken. In dieser Hinsicht kann das Label Citizenship somit auch als Ansatzpunkt genutzt werden, um weitaus substantiellere Optionen und Rechte des Selbst- und Mitbestimmens bzw. -Entscheidens einzufordern und eine Demokratisierung von Gesellschaft voranzutreiben, u.a. auch mit Blick auf Einrichtungen und Betriebe Sozialer Arbeit.⁵

Soviel zunächst zum Citoyen. Demgegenüber darf die zweite Bedeutung des Bürgerbegriffs jedoch nicht in Vergessenheit geraten. Denn im Sinne des Bourgeois verweist er im engeren Sinne auf die Zugehörigkeit zum Bürgertum als einer spezifischen gesellschaftlichen Klassenfraktion und damit zugleich in einem weiteren Sinne auf die grundsätzliche Verortung von Akteur_innen in der durch soziale Ungleichheiten stark geprägten Sozialstruktur „bürgerlich“-kapitalistischer Gesellschaften. Dass der „Bürger“, mit Marx gesprochen, ein „Doppelleben“ (vgl. Marx

4 So auch mit Blick auf den Anspruch von „bürgerlicher“ Demokratie Demirović (vgl. 1997: 12).

5 Dass solche erweiterten Optionen und Rechte jedoch auch als Substitution für eine adäquate Beteiligung von Bürger_innen am politischen „Kerngeschäft“ genutzt werden können, habe ich bereits an anderer Stelle genauer ausgeführt (vgl. Wagner 2012) und ich werde diesen Aspekt in der noch folgenden Auseinandersetzung mit Post-Demokratietheorien noch einmal aufgreifen.

1975) führt, gehört aber nicht zu den Schwächen dieses Begriffs. Vielmehr bildet er einen theoretischen Bezugspunkt, an dem demokratie- und ungleichheitstheoretische Perspektiven aufeinandertreffen, sich miteinander verschränken lassen und mit dem sich ein Grundwiderspruch bürgerlich-kapitalistischer Vergesellschaftung in den Blick nehmen lässt: Denn – und auch dieser Gedanke findet sich bereits bei Marx – die auf universelle Gleichheit aller Mitglieder eines politischen Gemeinwesens ausgerichteten Institutionen der Bürgerrechte manifestieren sich gerade unter diesen Bedingungen im Rahmen eines von sozialer Ungleichheit und damit verbundenen Konfliktlinien geprägten sozialen Raums. Dessen Ungleichheiten werden eben durch eine rein politische Emanzipation nicht unwirksam, sondern sie besitzen weiterhin eine hohe politische Bedeutung. Insofern haben Autoren aus dem Kontext materialistischer Staats- bzw. Regulationstheorie völlig zu Recht darauf verwiesen, dass die unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen „real“ existierende Demokratie weit davon entfernt ist, eine tatsächliche Form der „Selbstregierung der sich frei vergesellschaftenden Individuen“ (Demirović 1997: 19) zu sein, sondern vielmehr der institutionalisierte, kompromisshafte und widersprüchliche Ausdruck eines Verhältnisses sozialer Kräfte (vgl. u.a. Poulantzas 1978; Demirović 1997; Hirsch 1998). Und folglich konstituiert sich auch Bürgerschaft stets in der Form eines historische Kräfteverhältnisse und damit verbundene soziale Ungleichheiten widerspiegelnde Citizenship-Regimes (vgl. Jenson/Phillips 1996) und damit verbundener Grenzen von Partizipation und sozialer Ausschließung.

Demokratiethoretisch gewendet lässt sich aus dieser widersprüchlichen Situation eine Frage ableiten, die letztlich auch für die Verhältnisbestimmung von Demokratie und Sozialer Arbeit und der Frage nach einer an der weiteren Demokratisierung von Gesellschaft ausgerichteten Sozialen Arbeit erheblich ist: Inwiefern lässt sich unter den gegebenen Bedingungen gesellschaftlicher Ungleichheit – welche sich nicht nur an Klassenverhältnissen festmacht, sondern auch entlang anderer sozialer Differenzlinien wie z.B. Geschlecht, ethnischer Herkunft oder Alter etc. (vgl. u.a. Lister 2007) – überhaupt universelle Gleichheit im Bürgerstatus herstellen; und das meint vor allem, wie kann sichergestellt werden, dass Bürger_innen als politische Akteur_innen effektiv in Erscheinung treten können?

Im Hinblick auf diese Frage lässt sich in der Auseinandersetzung mit den Debatten um Citizenship eine fundamental wichtige Einsicht gewinnen und im Anschluss an die gesellschaftstheoretische Perspektive Bourdieus analytisch weiter ausarbeiten. Zwar ist bereits in der Statuierung universeller Bürgerrechte ein entscheidender Bezugspunkt zur Beantwortung der soeben gestellten Frage

zu sehen. Die Bedeutung dieser Rechtsinstitutionen zur Sicherstellung bürgerlicher Gleichheit muss gerade heute, angesichts der Erosion sozialer Rechte, dem Aufkommen einer mitleidsökonomischen Armutsversorgung (vgl. Kessl/Wagner 2011) oder dem politischen Vorstoß zur Infragestellung des Rechtsanspruchs auf Hilfen zur Erziehung (vgl. u.a. Seithe 2012) wieder betont werden. Andererseits können Bürgerrechte jedoch nicht eindimensional nur als eine Stütze von Demokratie und bürgerlicher Gleichheit betrachtet werden. Im Schatten ihres eigenen abstrakten Anspruchs der Sicherung universeller Gleichheit waren und sind Bürgerrechte immer auch „Architekten sozialer Ungleichheit“ (Marshall 1992). Dies zum einen, weil sie in vielfacher Hinsicht (so z.B. als Eigentums- und Freizügigkeitsrechte, aber auch als soziale Absicherungsrechte) eine Voraussetzung kapitalistischer Marktprozesse und der allgemeinen Durchsetzung von Lohnarbeit bilden (vgl. Lenhardt/Offe 1977; Demirović 1997). Zum zweiten lassen sich mit ihnen immer auch personenbezogene und inhaltliche Grenzen des Anspruchs und des Möglichen ziehen; so z.B. gegenüber Frauen, Migrant_innen oder Kindern, die keine („männlichen“, „deutschen“ und „volljährigen“) „Bürger“ im vollen Sinne des Wortes sein sollen, oder auch in der Form einer engen Umgrenzung dessen, woran man letztlich qua Rechtsanspruch partizipieren kann bzw. soll (man denke hier z.B. an das qua Grundrecht garantierte sozio-ökonomische „Existenzminimum“). Bürgerrechte sind insofern nicht nur Vehikel von Partizipation, sondern auch Instrumente sozialer Ausschließung.

Darüber hinaus – und das möchte ich besonders betonen – reicht die formal-universelle Verleihung dieser Rechte unter den vorherrschenden gesellschaftlichen Bedingungen nicht aus, um den Zugang zu zivilen Freiheiten, politischen Aktivitäten und öffentlichen Diensten für Alle gleichermaßen sicher zu stellen. Gerade zum Erlangen politischer Handlungsfähigkeit bedarf es vielmehr eines spezifischen „Vermögens“, sowohl im Sinne habitueller Dispositionen als auch im Sinne eines Zugangs zu sozialen, sowohl materiellen wie auch symbolischen Machtmitteln (vgl. u.a. Verba et al 1995; Bourdieu 2001). Diese Machtmittel entscheiden zwar nicht zwangsläufig darüber, ob Personen politisch aktiv werden oder nicht, ihr Besitz entscheidet jedoch über den zur Verfügung stehenden Handlungsspielraum, d.h. über den Horizont möglicher politischer Strategien. Denkbar ist somit durchaus, dass auch Menschen mit wenigen Machtmitteln politisch aktiv sein können, mitunter sogar erfolgreich. Der ihnen zur Verfügung stehende Korridor an möglichen politischen Praxen und deren Effektivität wird jedoch in entscheidendem Maße von Umfang und der Zusammensetzung des zur Verfügung stehenden politisch nutzbaren Kapitals präformiert (vgl. u.a. Vester 2009). Insofern mag eine zu voreilige Fokussierung auf „Effektivität“ tatsächlich

blinde Flecken generieren (vgl. Munsch 2005). Es darf aber nicht vergessen werden, dass Politik – mit Bourdieu gesprochen – eben kein Glücksspiel ist, bei dem alle der Wahrscheinlichkeit nach dieselben Chancen besitzen, ihre Interessen erfolgreich durchzusetzen. Vielmehr bilden politische Felder (sowohl im engeren wie im weiteren Sinne) Arenen der Macht, so dass die Verfügbarkeit über deren Quellen von zentraler Bedeutung für die Akteur_innen bleibt.

Insofern können an diesem Widerspruch zwischen formal verliehenen Bürgerrechten und de facto besessener (materieller wie symbolischer) Macht Prozesse der sozialen Schließung ansetzen, die – bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der (mit Bourdieu gesprochen) Illusion formaler Gleichheit – auf der Vorenthaltung der zur Ausübung von Bürgerrechten benötigten Machtmittel basieren. Diese Prozesse benenne ich mit dem Begriff der Entbürgerlichung. Entbürgerlichung basiert somit nicht primär auf dem formalen Vorenthalten oder Entzug von Bürgerrechten (gleichwohl beides damit verbunden sein kann), sondern auf deren faktischer Entwertung infolge fehlender oder vorenthaltener Machtmittel, oder, auf einer symbolischen Ebene, auf der Zuweisung von Negativklassifikationen (vgl. Wagner 2013). Damit verbundene Abgrenzungs- und Stigmatisierungsphänomene sind insbesondere im Hinblick auf politische Rechte bedeutsam, da gerade diese Rechte nur kollektiv wirksam ausgeübt werden können (vgl. Janoski/Gran 2002). Praxen sozialer Distinktion markieren somit nicht nur soziale, sondern auch politische Solidaritätsbrüche (vgl. Vester 2009). Dabei ist jedoch zu beachten, dass die Klassifikation von Entbürgerlichung als Prozess sozialer Schließung zum Ausdruck bringen soll, dass dieser Prozess nicht ohne Gegenwehr verlaufen muss. Entsprechend ist analytisch gerade auch denjenigen Praxen Aufmerksamkeit zu schenken, durch welche von Entbürgerlichung betroffene Personen versuchen, politisch nutzbare Ressourcen für sich zu gewinnen und auf dem politischen Spielfeld aktiv zu werden, gleichwohl sie auf diesem Feld im Besitz eines „schwarzen Peters“ sind, der ihnen politische Respektabilität abspricht und infolge ihre Aktivitäten oder Proteste mitunter gar nicht als „politisch“ entschlüsselt, sondern diese statt dessen totgeschwiegen, moralisiert oder gar kriminalisiert werden (vgl. Jobard 2004: 320ff, 330ff; Hafenegger 2012; Sturzenhecker in diesem Band).

Wendet man sich vor dem Hintergrund der Dialektik von Citoyen und Bourgeois und damit verbundenen Prozessen der Entbürgerlichung wieder der Frage zu, in welchem Verhältnis Soziale Arbeit zur Demokratie steht, dann liefert die hier eröffnete Perspektive wichtige Bezugspunkte: Als ein integraler Bestandteil des Wohlfahrtsstaats (vgl. Schaarschuch 1999) ist Soziale Arbeit aus einer bürgerrechtlichen Perspektive als Teil des Versuchs zu verstehen, über den Aufbau einer aus wohlfahrtsstaatlichen Leistungen und Diensten bestehenden und mit sozialen

Rechtsansprüchen verbundenen Infrastruktur die Voraussetzungen der Ausübung formal verliehener Bürgerrechte zu sichern und damit Entbürgerlichungsprozessen entgegen zu wirken. Da es sich bei diesem wohlfahrtsstaatlichen Kompromiss jedoch auch um eine Struktur zwischen Demokratie und Kapitalismus handelt (so u.a. Lessenich 2009), fällt dessen Bezug auf bürgerrechtliche Prinzipien alles andere als widerspruchsfrei aus. Vielmehr sind wohlfahrtsstaatliche Institutionen stets auf die Etablierung eines historisch hegemonialen, in gesellschaftliche Kräfteverhältnisse eingebetteten Citizenship-Regimes sowie damit verbundener Zugehörigkeitsgrenzen und moralischer Vorstellungen hinsichtlich des „Bürgers“ und des „Nichtbürgers“ ausgerichtet. Insofern stellen die mit sozialen Bürgerrechten assoziierten sozialen Leistungen und Dienste keine eindeutigen Instanzen zur Herstellung bürgerlicher Gleichheit dar. Sie sind vielmehr auf die Absicherung hegemonialer Citizenship-Regime ausgerichtet und als solche an der Konstitution und dem Überwachen zugrunde liegender Grenzen zwischen „Bürgern“ und „Anderen“ beteiligt. Auf Basis dieser Annahmen vertrete ich die These, dass für Soziale Arbeit ein mehrdimensionales Spannungsverhältnis von Ver- und Entbürgerlichung konstitutiv ist (vgl. dazu ausführlich Wagner 2013). Die damit verbundenen Widersprüche legen mögliche verbürgerlichende Potenziale Sozialer Arbeit zwar keinesfalls vollends lahm. Sie formen dieses Potenzial jedoch, begrenzen es und können ihm zugleich durch entbürgerlichende Effekte zuwider laufen.

Welche konkrete Form dieses Spannungsverhältnis in den verschiedenen Praxen Sozialer Arbeit jeweils annehmen kann lässt sich aber keinesfalls „makro-logisch“ aus den aufgezeigten grundsätzlichen wohlfahrtsstaatlichen Widersprüchen herauslesen, sondern bedarf einer Analyse konkreter Praxen in den diversen Arbeitsfeldern Sozialer Arbeit vor dem Hintergrund ihrer jeweiligen institutionalisierten Verfasstheit und deren konkreten historisch-gesellschaftspolitischen Rahmung. Insofern erhält an dieser Stelle auch die eingangs aufgeworfene Frage nach der Demokratie im Allgemeinen eine besondere Bedeutung, der im Folgenden im Anschluss an die Debatten um „Post-Demokratie“ nachgegangen werden soll, um den Gehalt von Post-Demokratie-Theorien für die Verhältnisbestimmung von Sozialer Arbeit und Demokratie und dem Verhältnis von Ver- und Entbürgerlichungsprozessen in der Sozialen Arbeit in den Blick zu nehmen.

Post-Demokratie I: Entleerte Demokratie

Wirft man einen Blick in derzeitige politik- und sozialwissenschaftliche Diskurse, dann wird über Demokratie und ihre derzeitige Verfassung viel debattiert, wobei insbesondere die Frage nach einer möglichen Krise des oft auch

als „westlich“ bezeichneten Modells einer parlamentarischen Demokratie sehr kontrovers diskutiert wird. In diesen Kontext lässt sich auch der Begriff der „Post-Demokratie“ einordnen. Dabei liegen derzeit mindestens zwei Theorie-Entwürfe vor, die mit diesem Begriff operieren. Einerseits wird dieser Begriff seitens des britischen Politikwissenschaftlers Colin Crouch aufgegriffen. Weit- aus früher wurde er jedoch bereits seitens des französischen Philosophen Jacques Rancière (vgl. auch die Beiträge von Bareis und Lütke-Harmann in diesem Heft) verwendet. Obwohl es durchaus zwischen beiden Verwendungsweisen eine gewisse Schnittmenge gibt, so sind sie dennoch nicht identisch, da beide Autoren den Begriff jeweils in einem eigenen Kontext mit unterschiedlichen Vorannahmen gebrauchen und entsprechend auch anders ausdeuten.⁶ Was ihnen beiden jedoch gemein ist, ist die Annahme, dass sich Demokratie aktuell in einer widersprüchlichen Verfassung befindet, dass sie einerseits einen globalen Siegeszug feiert, andererseits jedoch auch in hohem Maße bedroht bzw. infrage gestellt ist. Für Crouch gestaltet sich diese widersprüchliche Situation wie folgt:

„Under this model [post-democracy; T.W.] while elections certainly exist and can change governments, public electoral debate is a tightly controlled spectacle, managed by rival teams of professional experts in the techniques of persuasion, and considering a small range of electoral game, politics is really shaped in private by interaction between elected governments and elites that overwhelmingly represent business interests... while the forms of democracy remain fully in place ... politics and government are increasingly slipping back into the control of privileged elites in the manner characteristic of pre-democratic times; and that one major consequence of this process is the growing impotence of egalitarian causes“ (Crouch 2004: 4, 6).

Post-Demokratie ist demnach nicht durch eine Aufhebung, sondern vielmehr durch eine inhaltliche Aushöhlung etablierter demokratischer Institutionen gekennzeichnet. Rein formal betrachtet funktionieren diese weiterhin bzw. werden teilweise sogar ausgebaut. Ihre Bedeutung für die Gestaltung der Regierungsgeschäfte schwindet demgegenüber jedoch und wird von einer zunehmenden Exklusivität der Möglichkeit, auf politische Prozesse kollektiver Entscheidungsfindung Einfluss zu nehmen, begleitet. Einerseits lässt sich demnach der Einfluss wirtschaftlicher Akteur_innen und Lobbyvertretungen auf Regierungsentscheidungen (vgl. ebd.: 17ff), die gerade auf dem aktuell Konjunktur erfahrenden Terrain von Governance ihre auf Finanzkraft basierende Macht gegenüber anderen zivilgesellschaftlichen Akteur_innen voll zur Geltung bringen

⁶ In meinen früheren Auseinandersetzungen mit „Post-Demokratie“ habe ich bislang über diese Unterschiede zu großzügig hinweggesehen.

können (Crouch spricht hier nicht völlig zu Unrecht von einem Kampf zwischen „Schlachtschiffen“ und „Ruderbooten“). Andererseits entgleiten zentrale politische Entscheidungen zusehends einer tatsächlichen demokratischen bzw. parlamentarischen Kontrolle (vgl. Lessenich/Nullmeier 2006: 24). Die Ursachen für diese Entwicklung liegen Crouch zufolge in einem veränderten Verhältnis von Ökonomie und Politik im Zuge von globalen Prozessen der Deregulierung und eines damit verbundenen Machtzuwachses globaler Wirtschaftsunternehmen gegenüber nationalen Regierungen. Diese Entwicklung untergräbt die Grundlagen des politischen Systems, wie es sich in den westlichen Industrienationen nach dem Ende des 2. Weltkriegs etabliert hatte, so dass auch in dieser Zeit erreichte Errungenschaften zusehends in Frage gestellt sind. Genuin postdemokratisch ist für ihn somit auch der Abbau bzw. die Privatisierung sozialer Leistungen und Dienste (vgl. Crouch 2004: 78ff; 2007) sowie die darin sich widerspiegelnde Schwäche, Fragen nach Egalität politisch zu befördern.

Die Positionen Crouchs haben viel Beachtung gefunden, sie sind aber auch auf Kritik gestoßen. Diese Kritik ist zumindest in Teilen berechtigt, dies insbesondere mit Blick darauf, dass Crouchs Analyse mehr oder minder explizit die politischen Verhältnisse des Fordismus – Massenparteien und Tripartismus – zu einem Demokratie-Ideal erhebt. Tendenziell gerät dabei aus dem Blickfeld, dass eben auch die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse des fordistischen „Sicherheitsstaats“ (vgl. Hirsch 1998) – und dies gilt wohl nicht zuletzt mit Blick auf die Soziale Arbeit – eben nicht vollends egalitär und demokratisch im Sinne einer Selbstregierung durch Bürger_innen waren. Hier gilt es u.a. mit Bourdieu zu betonen, dass das für parlamentarische Demokratien konstitutive politische Feld der Repräsentation prinzipiell auf einem Akt der Schließung und einer Enteignung politischer „Laien“ zugunsten politischer „Professioneller“ basiert (vgl. Bourdieu 2001). Ein auf Repräsentation basierendes Demokratieverständnis enthält somit grundsätzlich auch ein antidemokratisches Element, da sie letztlich auf eine Form der Elitenherrschaft hinausläuft (vgl. Manin 2007). Gleichzeitig darf nicht übersehen werden, dass gerade auch das fordistische Citizenship-Regime, welches sich durch einen engen Nexus von Bürgerrechten an einen nationalstaatlichen Bezugsrahmen und das vorwiegend mit Männlichkeit assoziierte Normalerwerbsverhältnis seine eigenen Formen sozialer Ausschließung kannte, die gerade auch Klientel Sozialer Arbeit Prozessen der Entbürgerlichung aussetzte. Insofern läuft man mit Crouch tatsächlich Gefahr, einen Mythos zu errichten, in dessen Glanz die oben aufgezeigten grundsätzlichen Widersprüche der Demokratie unter den Verhältnissen einer bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft verblassen.

Doch auch wenn die crouchsche Lesart von Post-Demokratie analytische Schwächen aufweist und somit ein schönes Beispiel dafür ist, dass man Zeitdiagnosen nicht unkritisch übernehmen sollte (vgl. Dollinger 2008), so sollte man im Blick auf das Verhältnis von Demokratie und Soziale Arbeit andererseits jedoch auch nicht in einem rein abstrakten, ahistorischen und luftleeren Raum hantieren,⁷ sondern durchaus auch einen Blick für zeitgenössische Feinheiten entwickeln, die sich im Zuge von Transformationsprozessen historisch-konkret ergeben.

Und gerade mit Blick auf diese Transformationsprozesse kann der Begriff der Post-Demokratie durchaus nützlich sein, um aktuelle Formen von Ver- und Entbürgerlichung in der Sozialen Arbeit näher zu analysieren. Von Interesse ist dabei primär die in der Crouchschen Position zwar mitschwingende, von ihm aber nur unzureichend ausgearbeitete Perspektive, dass die alleinige Existenz formal-demokratischer Verfahren der Beteiligung bzw. Partizipation nicht alleine entscheidend ist, sondern zugleich die Frage nach dem Grad der Demokratisierung von Gesellschaft immer auch eine Frage nach dem Zugang zu politisch nutzbaren Machtressourcen ist. Post-Demokratie zeichnet sich eben gerade durch gesellschaftliche Verschiebungen im Zugang zu diesen Machtressourcen aus, so dass hier von der Etablierung eines neuen Citizenship-Regimes und veränderten Dynamiken von Ver- und Entbürgerlichungsprozessen ausgegangen werden muss. Schaut man also aus einem solchen demokratiethoretischen Blickwinkel auf Soziale Arbeit, so kann man feststellen, dass viele ihrer Arbeitsfelder einen durchaus widersprüchlichen Wandel durchlaufen. Einerseits wurden mit gesetzlichen Neuregelungen, so z.B. für die Jugendhilfe oder den Bereich der Rehabilitation, demokratische Prinzipien wie z.B. „Partizipation“ oder „Inklusion“ programmatisch als Zielperspektiven verankert und spezielle Beteiligungsverfahren institutionalisiert – so z.B. in der Form des Hilfeplanverfahrens (u.a. § 36 SGB VIII, §§ 57, 58 SGB XII). Darüber hinaus werden in vielen Arbeitsbereichen Formen der Beteiligung erprobt und gerade unter der Überschrift „Engagementpolitik“ sollen Bürger_innen durch die Übernahme von Verantwortung für sozialstaatliche Aufgaben „mitwirken“ können (vgl. Klein et al 2010). Diese Entwicklungen können dabei auch als das Ergebnis erfolgreicher politischer Bemühungen um die Veränderung

7 Insofern ist es m.E. auch fraglich, ob man alleine von einer vorrangig wissenssoziologisch angeleiteten Herausarbeitung „basale[r] Grundstrukturen sozialpädagogischer Theoriebildung“ (Dollinger 2008: 3 1) mit Bezug auf die hier gestellte Frage tatsächlich ein gesteigertes Maß an Reflexivität zu erwarten hätte, ohne sich nicht auch selbst – zumindest als wissenschaftlicher Beobachter – mit Blick auf aktuelle Entwicklungen zu verorten.

dieser Felder verstanden werden, insbesondere durch soziale Bewegungen, teilweise auch unmittelbar aus dem Umfeld von Nutzer_innen. Insofern scheinen in vielen Arbeitsfeldern die Optionen zuzunehmen, qua politische Praxis bzw. Partizipation als Bürger_innen in Erscheinung treten zu können. Andererseits darf dieser „partizipatorische“ Paradigmenwechsel nicht losgelöst betrachtet werden von anderen Dimensionen eines grundlegenden sozialstaatlichen Wandels, die vor allem auf die Frage nach der Machtverteilung erheblichen Einfluss nehmen. Dazu gehören starke Appelle an mehr Eigen- und Fremdverantwortung und damit verbunden Disziplinierungstechniken und Sanktionen. Aber auch der Verwaltungsumbau bei öffentlichen und freien Trägern sowie die Steuerung sozialer Dienstleistungen über Quasi-Märkte (vgl. u.a. Dahme/Wohlfahrt 2007; 2013). Einerseits wird Partizipation also groß geschrieben. Andererseits wird diese weitaus „exklusiver“ bestimmt bzw. gestaltet, als es – zumindest dem Anspruch nach – zu Zeiten des fordistischen Wohlfahrtsstaats der Fall war, in dem die gesellschaftliche Verteilung der Mittel, die einer effektiven Ausübung dieser Optionen vorausgesetzt sind, ungleicher wird und somit viele die ihnen neu gegebenen „Chancen“ de facto gar nicht adäquat nutzen können. Diese werden infolge nicht selten als Instrumente verweigerter Partizipation (vgl. u.a. Normann 2005) und somit als eine Form der Entbürgerlichung erlebt. Gerade mit Blick auf das viel beschworene „bürgerliche Engagement“ hat es den Anschein, als würde hier aktuell vor allem nur denjenigen Menschen Optionen auf Verbürgerlichung geboten, die Soziale Arbeit „bürgerschaftlich“ ausüben, aber nicht denjenigen, die sie empfangen. Exemplarisch lässt sich dies aktuell vor allem mit Blick auf die Entstehung einer neuen „Mitleidsökonomie“ (vgl. Kessl/Wagner 2011) sehr gut verdeutlichen, in der sich sowohl eine gesteigerte Selektivität sozialer Leistungen als auch das Paradigma der Aktivbürgerlichkeit manifestieren. Sie verdankt ihre Existenz dem Substanzverlust der sozialen Rechte ihrer „Kunden“ und bildet zugleich einen Ort, an dem Reziprozitätsverhältnisse von Rechtsansprüchen auf Almosen umgestellt werden. Dadurch wird die Mitleidsökonomie zugleich zu einem Ort, an dem „Aktivbürger_innen“ Sorge für „Andere“ übernehmen. Während sie auf diesem Wege für sich Anerkennung im Bürgerstatus reklamieren können, werden die Nutzer_innen mitleidsökonomischer Angebote zu dieser Kulisse des „Anderen“, vor deren Hintergrund Anerkennung akkumuliert werden kann. Wird das Engagement im Rahmen der Mitleidsökonomie somit zu einem Vehikel der Verbürgerlichung, ist deren Nutzung sowohl rechtlich wie symbolisch ein Ausdruck von Entbürgerlichung.

Somit scheinen sich unter post-demokratischen Bedingungen vor dem Hintergrund einer zunehmenden ungleichen gesellschaftlichen Ressourcenverteilung

Bourgeois und Citoyen wieder stärker anzunähern als dies in fordistischen Zeiten der Fall war. Eine wirklich überzeugende Antwort, was man diesen Entwicklungen entgegensetzen könnte, lässt sich aufgrund seines fordistischen Demokratie-Ideals mit Crouch jedoch nur unzureichend denken.

Post-Demokratie II: zwischen Politik und Polizei

Dies führt uns zur zweiten Lesart des Begriffes Post-Demokratie und den Überlegungen Rancières. Im Gegensatz zum eben vorgestellten Verständnis steht der Begriff hier nicht im Mittelpunkt einer zeitdiagnostisch angelegten Studie. Er findet vielmehr Verwendung im Kontext einer grundsätzlichen Kritik der politischen Philosophie und ist damit zugleich eingebettet in eine umfassendere Politik- bzw. Demokratietheorie. Dabei werden die Begriffe „Demokratie“ und „Politik“ von Rancière nicht trennscharf verwendet, sondern bewusst nahezu identisch gesetzt (vgl. Rancière 2010: 129). Als Abgrenzungsfolie dient ihm dabei der Begriff der Polizei. Angelehnt an der ursprünglichen Bedeutung dieses Wortes versteht er darunter alle „Vorgänge der Konstitution von Gemeinschaften, der Organisation, Steuerung und Distribution von Macht, Positionen und Funktionen und der Legitimation hegemonialer Ordnungen“ (Rancière 2002: 39). Insofern ist aus seiner Perspektive das meiste von dem, was sich auf der Bühne des politischen Feldes abspielt, gerade keine Politik, sondern – soweit es sich auf den Aufbau und den Erhalt von Ordnung abzielt – Polizei. Politik bezeichnet demgegenüber eine vergleichsweise seltene und flüchtige Situation eines Streits um diese Bühne und um die Frage, wer darauf Platz haben soll. Politische Subjektivierungsweisen basieren somit auf einer konfliktiven Situation, in der die polizeiliche Ordnung von bestimmten sozial bzw. politisch unterprivilegierten Akteursgruppen mit dem demokratischen Postulat der Gleichheit konfrontiert wird und auf diese Weise der Ordnung als Forderung „die Tatsache eines Anteils der Anteillosen auferlegt“ (ebd.: 109).

Aus dieser Perspektive handelt es sich bei Demokratie weder, wie in vielen anderen Demokratietheorien, um eine Herrschaftsform, noch, wie im Anschluss an den amerikanischen Pragmatismus üblich (vgl. Oehler 2013), um eine Lebensweise. Vielmehr ist sie „die Einsetzung der Politik selbst, das System der Formen der Subjektivierungen, durch welche jede Ordnung der Verteilung der Körper nach Funktionen, die ihrer „Natur“ entspricht, und nach den Plätzen, die ihren Funktionen entsprechen, in Frage gestellt, auf ihre Kontingenz verwiesen wird“ (Rancière 2002: 111). Für ihn ist Demokratie also ein sehr flüchtiges Phänomen, dass an das „Erscheinen“ des Volkes gebunden ist, d.h. an Praxen

politischer Subjektivierung, in denen Akteur_innen für sich reklamieren, das Volk, d.h. „Bürger_innen“ zu sein; jedoch nicht, um ihre Integration in ein geordnetes Staatswesen auszudrücken, sondern vielmehr, um die offizielle „Repräsentation der Plätze und Anteile in Unordnung zu bringen“ (ebd.: 109), d.h. die bestehende Ordnung so zu verändern, dass sie ihnen Partizipation eröffnet.

Was bedeutet nun vor diesem Hintergrund Post-Demokratie? Im Gegensatz zu Crouch zeichnet Rancière ein weitaus kritischeres Bild der modernen parlamentarischen Demokratie, deren Widersprüche sich ihm zufolge in der westlichen Demokratiebewegung in der Form eines „hartnäckigen Zweifel[s] der Demokratie an sich selbst“ (ebd.: 105) beigetragen haben: „Die Demokratie hat nie aufgehört, von den Demokraten selbst verdächtigt zu werden. Diejenigen, die sich mit dem größten Nachdruck für die demokratischen Rechte schlugen, waren oft die Ersten, die diese Rechte verdächtigten, nur formell, erst der Schatten der wahrhaften Demokratie zu sein“ (ebd.). Demgegenüber entsteht Post-Demokratie als eine besondere Spielart der parlamentarischen Demokratie⁸ auf der Basis einer besonderen historischen Situation, die durch den Verlust dieser Skepsis gekennzeichnet ist. Vor dem Hintergrund des Verschwindens politisch-ideologischer Gegenentwürfe zur Demokratie – der Untergang der so genannten „totalitären Regime“ – bildet sich demnach das Paradox heraus, „das unter dem Namen der Demokratie die konsensuelle Praxis der Auslöschung der Formen demokratischen Handelns geltend macht“ (ebd.: 111). Demokratie wird selbst zur Totalität. Sie verliert den Zweifel an sich selbst und damit auch die Möglichkeit ihrer Kritik. In dieser Situation kommt es folglich zu einer Transformation des westlichen Demokratiemodells, die Rancière durchaus als Verfall kennzeichnet, hin zur Post-Demokratie, die sich selbst auch als konsensuale Demokratie beschreibt (Rancière 2010: 138).

„Die Post-Demokratie ist die Regierungspraxis und die begriffliche Legitimierung einer Demokratie *nach* dem *Demos*, einer Demokratie, die die Erscheinung, die Verrechnung und den Streit des Volks liquidiert hat, reduzierbar also auf das alleinige Spiel der staatlichen Dispositive und der Bündelung von Energien und gesellschaftlichen Interessen. [...] Sie ist eine Weise der Identifizierung der institutionellen Dispositive mit der Aufstellung der Teile und der Anteile der Gesellschaft, die geeignet ist, das der Demokratie eigene Subjekt und Handeln verschwinden zu lassen“ (ebd.).

Woran sich die Etablierung einer solchen post-demokratischen Regierungspraxis, die auf ein „Gewebe ohne Löcher“ (ebd.: 124) abzielt, also über die Konstruktion eines absoluten Konsenses, demokratische Subjektivierungen in der

8 Post-Demokratie ist in der Rancièreschen Lesart also keinesfalls – wie oftmals angenommen – mit der parlamentarischen Demokratie per se gleich zu setzen.

Form des Streits unterbinden soll, im Konkreten begründen lässt, wird von Rancière mit Blick auf Veränderungen im politischen Systems Frankreichs verdeutlicht, die zumindest in Teilen den von Crouch beschriebenen Kriterien ähneln, teilweise jedoch auch divergieren.

Ein Merkmal bildet demnach eine Legitimation des Staats durch die Verneinung von Politik (ebd.: 120ff), d.h. einer Ausdehnung staatlicher Gewalt unter dem Verweis auf für objektiv erklärte Notwendigkeiten, die u.a. in den „Zwängen und Launen des Weltmarkts“ ihren Bezugspunkt finden (ebd.: 123). Regierung läuft auf diese Weise auf die Verwaltung des „einzig möglichen“ hinaus und legitimiert sich dabei über ihre vermeintliche eigene Ohnmacht, über die Suggestion fehlender Wahlmöglichkeiten. Unter diesem aus dieser Sicht als post-demokratisch zu verstehenden Motto: „There is no alternative!“ vollzieht sich bekannterweise seit geraumer Zeit die Transformation der institutionellen Rahmenbedingungen Sozialer Arbeit nach ökonomischen Grundsätzen. Interessant erscheint hier vor allem eine genauere Analyse der Implikationen neuer Formen der Steuerung, so z.B. der Budgetierung, mittels derer – teilweise unter dem ideologischen Deckmantel einer gesteigerten Freiheit in der Verfügung über finanzielle Mittel – über damit verbundene Mittelverknappungen und ökonomisch motivierte Zielvorgaben ein vermeintlich objektiver Sachzwang inszeniert wird, der die Akteur_innen Sozialer Arbeit und ihre Trägerorganisationen in eine scheinbar alternativlose Situation stellt und auf Linie bringt (vgl. u.a. Bode 2009). Auf diese Weise lässt sich mit Rancière auch begründen, dass derzeitige, oft mit dem Stichwort der De-Regulierung assoziierte Transformationsprozesse keinesfalls als eine Form der „Entstaatlichung“ verstanden werden darf, sondern durch Strategien gekennzeichnet ist – so z.B. im Falle des vermehrten Rückgriffs auf Governance-Netzwerke –, durch welche Regierungslücken geschlossen werden sollen (vgl. Böhnisch/Schröer 2008).

Ein weiteres Moment, in dem sich das Verschwinden der Politik in der Post-Demokratie ausdrückt, ist demzufolge eine gesteigerte „Sichtbarkeit des Rechts“ (Rancière 2002: 117). Was Rancière damit meint ist ein zunehmendes Zurückdrängen parlamentarischer Strukturen durch die Deutungshoheit von Experten und Verwaltungsinstanzen, denen nicht aufgrund einer Wahl, sondern aufgrund von Expertise zugeschrieben wird, dem „Geist der Gemeinschaft“ „objektiv“ zu entscheiden. Mit Blick auf die Soziale Arbeit lässt sich dieser Gedankengang in Beziehung setzen zu den alles andere als neuen Auseinandersetzungen um das spannungsgeladene Verhältnis von professionellem Expertentum und der Partizipation bzw. Mitbestimmung von Nutzer_innen (vgl. u.a. Harris 1999). Aus der hier diskutierten Perspektive werden dabei insbesondere Positionen kri-

tikbedürftig, die Professionalität für die Soziale Arbeit nach wie vor über ein exklusives bzw. expertokratisches „Problemwissen“ zu reklamieren versuchen, auf dessen Basis man „objektiv“ – und wenn nötig auch gegen die Einschätzung der „Betroffenen“ – bestimmen könnte, was in einer konkreten Situation genau das Problem sei (vgl. Staub-Bernasconi 2012; kritisch Stehr/Schimpf 2013). In diesem Sinne läuft professionelles Handeln also grundsätzlich Gefahr, post-demokratisch bzw. zu einer „Polizei des Humanitären“ (Rancière 2002: 145) zu werden, in dem man sich zwar z.B. einerseits zur Legitimation der eigenen Professionalität auf Demokratie und Menschenrechte beruft, andererseits die Gegenstände ihrer Arbeit dadurch entpolitisiert, dass man von vorneherein mit dem Rekurs auf die Existenz eines „objektiv Richtigen“ und einer damit letztendlich verbundenen Einsicht in das notwendige Grenzen des Verhandelbaren setzt.⁹ Mit Blick auf das oben vorgestellte Verhältnis von Prozessen der Ver- und Entbürgerlichung ist jedoch vor allem ein Punkt in der Argumentation Rancières interessant, nämlich, dass Post-Demokratie mit der Ausrufung einer neuen a-politischen Definition von „Bürgerschaftlichkeit“ einhergeht. Diese ist demnach nicht mehr gekennzeichnet von einem Kampf um Bürgerrechte und deren Ausweitung, sondern von der Gleichsetzung von Rechten mit der Ausübung von Pflichten, deren Ausübung zugleich von der großen Bühne ins Lokale abgedrängt wird. „Das Unternehmen der Bürgerschaftlichkeit ist dazu aufgerufen, die Identität seiner produktiven und aneignenden Energie mit der Anteilnahme am Aufbau der Gemeinschaft und der Einrichtung eines Mikrokosmos dieser Gemeinschaft aufzuzeigen, Vermittels der Bürgerschaftlichkeit im Lokalen.“ (Rancière 2002: 124). Hier lässt sich nun ein Gedankengang weiterführen, den ich bereits im Anschluss an die Überlegungen Crouchs mit Blick auf die Etablierung eines Citizenship-Regimes der „Aktivbürgerlichkeit“ aufgeworfen habe. Diese Neu-Definition von „Bürgerschaftlichkeit“ als eine auf den lokalen Nahraum beschränkte Sorge für die „Gemeinschaft“ kann m.E. als Indiz für die Entstehung einer post-demokratischen politischen bzw. (mit Rancière gesprochen) polizeilichen Arbeitsteilung verstanden werden: Während das politische „Kerngeschäft“ auf nationaler, aber auch transnationaler Ebene

9 Was mir an dieser Stelle weiter interessant erscheint, ich jedoch nicht weiter ausführen kann, wäre eine Analyse des seit einigen Jahren beobachtbaren expertokratischen Formwandels innerhalb der Sozialen Arbeit, der sich im Zuge der Herausbildung eines weitgehend an der Logik ökonomischer „Notwendigkeiten“ orientierten Sozialmanagements (vgl. u.a. Beckmann 2009) sowie in einer zunehmenden Forderung nach „Evidenzbasierung“ und damit verbundener relativ strikter Verfahrens- und Programmabläufe abzeichnet, unter dem Gesichtspunkt post-demokratischer Kriterien.

zunehmend demokratisch nur sehr unzureichend legitimierten Zirkeln bestehend aus politischen und ökonomischen Eliten und Experten, d.h. Politikberatern, Lobbyisten und Think Tanks vorbehalten bleiben soll, sollen Bürger_innen, ähnlich wie zu Zeiten des obrigkeitsstaatlichen deutschen Kaiserreichs, vor allem in der „kleinen Politik vor Ort“ ihren legitimen Platz finden und diesen insbesondere über ein Verantwortungsbewusstsein für dort anfallende gemeinwohldienliche Aufgaben ausfüllen. Die seit einigen Jahren auch unter dem Verweis auf demokratiepolitische Gesichtspunkte betriebene Revitalisierung des „Ehrenamts“ (um im historischen Bild zu bleiben) ist demokratietheoretisch somit sehr zweischneidig. Man kann diese Situation m.E. gerade auch deshalb sehr gut als post-demokratisch beschreiben, da ein damit verbundener möglicher Zugewinn an limitierten Partizipationsoptionen im „Kleinen“ gerade angesichts einer gleichzeitigen Entmachtung von Bürger_innen in der „großen Politik“ nicht widerspruchsfrei den Charakter einer gesellschaftlichen Demokratisierung besitzt. Dies erscheint insbesondere vor dem Hintergrund einleuchtend, dass es weiterhin nationale oder auch internationale Instanzen sind, die in entscheidender Weise – sei es über Gesetzgebung, Aufgaben- und Mittelzuweisung oder Schuldenbremsen – die Spielräume für politische Entscheidungen auf kommunaler bzw. lokaler Ebene präformieren und nicht zuletzt unter fiskalpolitischen Gesichtspunkten einschränken (vgl. u.a. Dahme/Wohlfahrt 2013). Dem post-demokratischen Citizenship-Regime der Aktivbürgerlichkeit ist es somit zueigen, dass die ihm eigentümliche Form der Verbürgerlichung zugleich auch als eine besondere Spielart von Entbürgerlichung enthält, durch welche das politische Element von Bürgerschaft eine offensichtliche Begrenzung und Entwertung erfährt. Denn was auf diese Weise zum Verschwinden gebracht werden soll ist letztlich Politik, insbesondere in der Form der Forderung nach einem Anteil derjenigen, die in dieser neuen Form von Bürgerschaftlichkeit keinen Platz haben. Ihre Erscheinung wird in dieser Logik als „polizeiliche Grenze“ wahrgenommen, vor deren Hintergrund sich das neue Bürgermodell konstituiert. Dass gerade Soziale Arbeit ein Ort sein kann, an dem diese Grenze gezogen und überwacht werden kann, sollte aufgrund ihrer Geschichte auf der Hand liegen.

Mit Rancière lassen sich somit eine Reihe von interessanten Anhaltspunkten gewinnen, wie der Begriff Post-Demokratie für eine Betrachtung des Verhältnisses von Demokratie und Sozialer Arbeit fruchtbar gemacht werden kann. Dennoch ist auch seine theoretische Position – insbesondere mit Blick auf die zu Beginn eingeführte, im Begriff politische Bürgerschaft inhärente doppelte Perspektive von Status und Praxis – kritikbedürftig. Somit ist es zwar einerseits begrüßenswert, dass Politik und Demokratie eng aufeinander bezogen sind und

somit gerade der Aspekt politischer Praxis in der Rancièrschen Demokratietheorie besondere Aufmerksamkeit erfährt. Andererseits ist gerade sein Polizeibegriff problematisch, da er politische Institutionalisierungsprozesse vollends von der Demokratie dissoziiert und folglich politische und soziale Institutionen entpolitisiert. In dieser Logik erscheinen z.B. Bürgerrechte zwar durchaus als Objekte demokratisch-politischer Auseinandersetzung. Sobald sie existieren, gerinnen sie jedoch zu Polizei und hören damit auf demokratisch zu sein.

Rancière lenkt damit zu Recht Kritik und Skepsis auf die bestehenden politischen Institutionen, so dass sich im Anschluss an seine Überlegungen unterstreichen lässt, dass z.B. Citizenship-Regime unter dem Aspekt von Status immer auch Instrumente sozialer Ausschließung bzw. Entbürgerlichung darstellen. Dass sie gleichzeitig jedoch wenn auch in ihrer bestehenden Form unzureichende – Voraussetzungen für eine emanzipatorische Politik der Gleichheit sein können, gerät hier leicht aus dem Blickfeld. Rancière denkt an dieser Stelle somit zu dichotomisch, wenn er Politik und Demokratie seinem doch letztlich sehr monolithisch konzipierten Begriffsverständnis von Polizei strikt gegenüberstellt, so dass sich nur sehr unzureichend zwischen repressiven und emanzipatorischen Elementen politischer und sozialer Institutionalisierungsprozesse unterscheiden lässt. Damit weicht er nicht nur geschickt der Frage aus, wie sich denn Demokratie über einen flüchtigen Moment der Performanz hinaus dauerhaft als eine Form der Selbstregierung durchsetzen könnte. Er verschenkt damit letztlich auch die Möglichkeit, bestehende polizeiliche Ordnungen – wie z.B. die Soziale Arbeit – systematisch mit Blick auf die mit ihren inhärenten Widersprüchen immer auch verbundenen emanzipatorischen Potenziale (vgl. Sünker 2002) hin zu analysieren.¹⁰

Behält man diese Kritik im Hinterkopf, so verweist Rancière dennoch mit seinen Definitionsversuch von Demokratie zumindest auf ein zentrales Moment, an dem sich Demokratisierung im Allgemeinen, aber auch in den Institutionen Sozialer Arbeit u.a. messen lassen sollte: die Frage nach der egalitären Möglichkeit und Legitimität politischen Streits (vgl. Mouffe 2007). Um diesen Gedanken mit Blick auf die Soziale Arbeit adäquat weiter verfolgen zu können, ohne sich in der dichotomischen Logik Rancières restlos zu verfangen, bietet sich m.E. eine

10 Rancière versäumt dies interessanter Weise, obwohl bei ihm ja gerade das Postulat von Gleichheit und ein darauf bezogenes Unrecht die Ankerpunkte bilden, an denen Demokratie in der Form politischer Subjektivierung letztlich andockt. Dabei ist dieses Postulat doch zumindest als ideologisches bzw. normatives Prinzip jeder sich als demokratisch bezeichnenden politischen bzw. polizeilichen Ordnung inhärent (sonst gäbe es kein „Unrecht“, über das man sich streiten könnte).

Rückkehr zur theoretischen Perspektive von Bürgerschaft und damit zu der Frage nach einem emanzipatorischen Umgang mit dem der Sozialen Arbeit inhärenten Spannungsverhältnis von Ver- und Entbürgerlichung an. Nimmt man die von Rancière vorgenommene Betonung der Bedeutung von Konflikten für Demokratisierung ernst, so sollte es m.E. sowohl analytisch wie auch programmatisch grundsätzlich um die Frage gehen, wie sich in der Sozialen Arbeit Räume und Möglichkeiten finden lassen, durch welche sie – trotz und entgegen ihrer gleichzeitigen Beteiligung an Prozessen der Entbürgerlichung – für ihre Nutzer_innen zu einer Ressource für so genannte Acts of Citizenship (vgl. Isin/Nielsen 2008) werden kann – d.h. Akte, durch welche Menschen (wenn nötig im Streit und auch entgegen bestehenden Rechts) Bürgerrechte für sich reklamieren, d.h. in Anspruch nehmen, erkämpfen oder ihre Rücknahme oder Aushöhlung verteidigen.

Fazit

Mein Beitrag zielte auf eine Auseinandersetzung mit den Widersprüchen im Verhältnis Sozialer Arbeit und Demokratie. Dabei habe ich über die Darstellung meiner eigenen Denkposition versucht zu begründen, dass für Soziale Arbeit ein Spannungsfeld von Ver- und Entbürgerlichung konstitutiv ist. Vor diesem Hintergrund bin ich der Frage nachgegangen, welchen Beitrag Post-Demokratie-Theorien zu einer Auseinandersetzung mit der Frage nach dem Verhältnis von Sozialer Arbeit und Demokratie beitragen können. Meine Antwort darauf lautet: Sowohl Crouch als auch Rancière sind mit Vorsicht zu genießen, mit dieser Vorsicht sind aber beide grundsätzlich genießbar. Insbesondere mit Blick auf die Frage nach den demokratietheoretischen Implikationen der Transformation des Sozialen, den auch Soziale Arbeit derzeit durchläuft, und den damit verbundenen Wandel hegemonialer Citizenship-Regime lassen sich mit ihnen einige interessante Perspektiven und Anregungen entwickeln, mit der sich die grundsätzliche Widersprüchlichkeit des Verhältnisses von Demokratie und Sozialer Arbeit insbesondere unter aktuellen Gesichtspunkten (aber auch darüber hinaus) weiter ausleuchten lässt.

Welche Schlüsse lassen sich nun aus meinen Ausführungen ziehen? Wichtig ist es mir, an dieser Stelle noch einmal an mein Plädoyer zu Beginn meines Beitrags zu verweisen, darauf, in der Analyse des Verhältnisses von Sozialer Arbeit und Demokratie die Widersprüche, die diesem Verhältnis inhärent sind, nicht auszublenden, sondern vielmehr zum zentralen Gegenstand der Beobachtung zu machen. Aus Sicht der hier vorgestellten theoretischen Position geht es somit insbesondere um eine kritische Analyse der eigenen Verstrickung in die Konsti-

tution hegemonialer Citizenship-Regime und damit verbundener Prozesse der Entbürgerlichung, und gerade hier erweisen sich Post-Demokratietheorien m.E. als aufschlussreich, um die demokratietheoretischen Implikationen aktueller Änderungen bzw. Verschiebungen mit Blick auf dominante Vorstellungen und Institutionalisierungen von Bürgerschaft herauszuarbeiten.

Auch wenn eine solche Analyse immer auch dazu führen wird, dass Selbstbeschreibungen Sozialer Arbeit als „demokratisch“ mit nicht- bzw. post-demokratischen Aspekten ihrer selbst konfrontiert werden müssen, so ist diese dennoch notwendig, um zu einer Reflexivität der eigenen Verstrickung in ein Spannungsfeld von Ver- und Entbürgerlichung zu gewinnen, die es letztlich braucht, um in diesem Feld nach Spielräumen und Optionen der Bewegung zu suchen.

Aus meiner Perspektive geht es dabei primär um die Frage, inwiefern Soziale Arbeit für ihre Nutzer_innen zu einer Ressource für Acts of Citizenship werden kann, wobei sich im Anschluss an Rancière darauf verweisen lässt, dass es hier insbesondere um die Fähigkeit zur Austragung eines „Streithandels“ (Rancière 2010: 129) geht. Es geht also darum, Menschen dabei zu unterstützen, die ihnen im Rahmen des aktuellen Citizenship Regime zgedachten entbürgerlichenden Positionen zurückzuweisen und Bürgerschaft (mitunter im Sinne einer Bürger_innenschaft) bzw. Partizipation zu ihren Bedingungen einzufordern (vgl. Bareis 2012). Auch wenn ich dies hier nur andeuten kann, bieten sich hier der Sozialen Arbeit mindestens drei Ansatzpunkte:

Zum einen kann diese Unterstützung von Acts of Citizenship auf dem Feld sozialstaatlicher Behörden ansetzen. Dort kommen sehr oft bürokratische Barrieren der Inanspruchnahme bestehender Rechtsansprüche zum Tragen (vgl. u.a. Gern/Segbers 2009; Urban-Stahl 2012). Hier besitzt Soziale Arbeit z.B. in der Form unabhängiger Beratungs- oder Ombudsstellen ein nicht zu unterschätzendes Potenzial, bestehenden Bürgerrechten Geltung zu verschaffen, womit jedoch auch zugleich eine entscheidende Grenze dieses Ansatzes markiert ist, denn nicht vorhandene soziale Rechte können nicht auf dem Rechtsweg erstritten werden, noch lassen sie sich auf diesem Weg substanziell füllen.

Zugleich wird damit aber auch ein zweiter Ansatzpunkt deutlich. Da Soziale Arbeit selbst eine sozialstaatliche Arena bildet, in der Entscheidungen getroffen werden, bildet sie ebenfalls ein potenzielles Feld für Acts of Citizenship. Neben der Frage einer weiteren „Demokratisierung“ ihrer selbst über substanzielle Mitbestimmungsrechte – sowohl für Nutzer_innen als auch für ihr Personal – geht es gerade auch hier um Möglichkeiten, zugewiesene Positionen zurückzuweisen zu können und damit um eine Auseinandersetzung mit Machtverhältnissen innerhalb sozialer Dienste. Ein wichtiger Ansatzpunkt, der sich ebenfalls im Anschluss

an Rancière betonen lässt, liegt darin, den Streit selbst aus der Sozialen Arbeit nicht auszuklammern und insbesondere Nutzer_innen das Recht anzuerkennen, „nicht in sofortigen Konsens einwilligen“ zu müssen, sondern „auf Differenz [...], sogar auf Verweigerung, Protest, Widerspenstigkeit“ (Treptow 2008: 9; Sturzenhecker in diesem Heft) beharren zu können. Dieses Recht auf Konflikt sollten Sozialarbeiter_innen derzeit aber gerade auch für sich selbst einfordern und in ihre aktuelle, manageriell geformte und weitgehend de-politisierte Organisationswelt hineinbringen.

Auch wenn somit bereits auf eher lokalen Ebenen Möglichkeiten gefunden werden können, Menschen dabei zu unterstützen, Bürgerschaft für sich zu reklamieren, so sollte die sowohl im Anschluss an Crouch als auch Rancière erfolgte Kritik an der Etablierung einer post-demokratischen Form politischer Arbeitsteilung, die Bürgerschaft letztlich in das Lokale verbannt, auch dazu anregen nach Möglichkeiten zu suchen, diese Verbannung zu durchbrechen. Insofern müssen sich Bestrebungen Sozialer Arbeit zur Förderung von acts of Citizenship jedoch gerade auch auf den Bereich des politischen Feldes im engeren Sinne richten. Diese Ebene erscheint nicht sehr oft im Horizont des Nachdenkens über das Verhältnis von Sozialer Arbeit und Demokratie. Dass sich aber auch vermeintlich „schwache Interessen“ politisch effektiv organisieren können, wenn die richtigen Voraussetzungen gegeben sind, beweist letztlich gerade die in den letzten Jahrzehnten immer wiederkehrend wahrnehmbare Existenz so genannter „user-movements“ (vgl. Barnes 1997; Beresford/Croft 2004). Dabei zeigen u.a. Beispiele aus Skandinavien (vgl. Anker 2008; kritisch Allen 2009), dass Soziale Arbeit solche Prozesse politischer Selbstorganisation erfolgreich unterstützen kann.

Dabei sollte dennoch nicht vergessen werden, dass sich der Zugang unterprivilegierter Bevölkerungsgruppen zum politischen Feld grundsätzlich prekär gestaltet und gerade aktuell, u.a. auch angesichts zunehmender Abstiegsängste in der gesellschaftlichen Mitte, politische Solidaritätsbrüche gegenüber „nicht-respektablen“ Bevölkerungsgruppen zuspitzen. Es stellt daher eine große Herausforderung dar, diesen Solidaritätsbrüchen kritisch zu begegnen; eine Herausforderung, mit der Akteur_innen aus der Sozialen Arbeit auf mehreren Ebenen konfrontiert sein können: sowohl mit Blick auf Formen „täglichen Klassenkampfes“ (Bourdieu 1992: 148), d.h. mit Blick auf soziale Distinktionspraxen im Umfeld ihrer alltäglichen Arbeit als auch mit Blick auf Möglichkeiten, der Problematik sozialer und politischer Solidaritätsbrüche Öffentlichkeit zu verschaffen, so z.B. im Rahmen spitzenverbandlicher Arbeit, in (kritischen) Arbeitskreisen und Foren oder in der wissenschaftlichen Diskussion um die Soziale Arbeit selbst.

Literatur

- Addams, J. 1960: *Twenty Years at Hull-House*. New York
- Allen, M. 2009: The Political Organisation of People who are Homeless: Reflections of a Sympathetic Sceptic. In: *European Journal of Homelessness* (3/2009), S. 289-299
- Anker, J. 2008: Organizing homeless people: Exploring the emergence of a user organization in Denmark. In: *Critical Social Policy* 28 (1), S. 27-50
- Bareis, E. 2012: Nutzbarmachung und ihre Grenzen – (Nicht-)Nutzungsforschung im Kontext von sozialer Ausschließung und der Arbeit an der Partizipation. In: Schimpf E., Stehr J. (Hg.): *Kritisches Forschen in der Sozialen Arbeit. Gegenstandsbereiche – Kontextbedingungen – Positionierungen – Perspektiven*. Wiesbaden, S. 291-314
- Barnes, M. 1997: *Care, communities, and citizens*. London, New York
- Beckmann, Chr. 2009: *Qualitätsmanagement und Soziale Arbeit*. Wiesbaden
- Beresford, P./Croft, S. 2004: Die Demokratisierung Sozialer Arbeit: Vom Klienten als Objekt zum Nutzer als Produzent. In: *Widersprüche* 24. (91), S. 17-43
- Bode, I. 2009: Vermarktlichung der Zivilgesellschaft? Die advokatorische Funktion des Sozialsektors im disorganisierten Wohlfahrtskapitalismus. In: Linden M./Thaa, W. (Hg.): *Die politische Repräsentation von Fremden und Armen*. Baden-Baden, S. 81-97
- Böhnisch, L./Schröer, W. 2008: Auf dem Weg zur Bürgergesellschaft? In: Bütow B./Chassé K.A./Hirt R. (Hg.): *Soziale Arbeit nach dem sozialpädagogischen Jahrhundert. Positionsbestimmungen sozialer Arbeit im Post-Wohlfahrtsstaat*. Opladen, S. 93-106
- Bojadžijev, M. 2006: Verlorene Gelassenheit. Eine Genealogie der Integration. In: *Kurswechsel* (2/2006), S. 79-87
- Bourdieu, P. 1992: *Rede und Antwort*. Frankfurt am Main
- 2001: *Das politische Feld. Zur Kritik der politischen Vernunft*. Konstanz
- Brown, W. 2012: Wir sind jetzt alle Demokraten. In: Agamben G./Badiou A. et al (Hg.): *Demokratie? Eine Debatte*. Berlin, S. 55-71
- Crouch, C. 2004: *Post-democracy*. Cambridge
- 2007: Kommerzialisierung von Staatsbürgerschaft. Bildungspolitik und die Zukunft des öffentlichen Dienstes. In: Mackert J./Müller H.-P. (Hg.): *Moderne (Staats)Bürgerschaft. Nationale Staatsbürgerschaft und die Debatten der Citizenship Studies*. Wiesbaden, S. 167-212
- Dahme H.-J./Wohlfahrt, N. 2007: Vom Korporatismus zur strategischen Allianz von Sozialstaat und Sozialwirtschaft: Neue 'Sozialpartnerschaft' auf Kosten der Beschäftigten? In: Dahme H.-J./Trube A./Wohlfahrt N. (Hg.): *Arbeit in Sozialen Diensten: flexibel und schlecht bezahlt? Zur aktuellen Entwicklung der Beschäftigungsbedingungen im Sozialsektor*. Baltmannsweiler, S. 22-34
- 2013: Europäische Staatsschuldenkrise und soziale Dienste: Zur Durchsetzung neuer Rentabilitäts- und Akkumulationsbedingungen im Sozialsektor. In: *Widersprüche* 33 (128), S. 33-57

- Demirović, A. 1997: Demokratie und Herrschaft. Aspekte kritischer Gesellschaftstheorie. Münster
- Dollinger, B. 2008: Sozialpädagogische Theorie zwischen Analyse und Zeitdiagnose. In: Widersprüche 28 (108), S. 31-42
- Flösser, G./Otto, H.-U. 1998 (Hg.): Towards more democracy in social services. Models and culture of welfare. Berlin
- Geisen T./Kessl F./Olk T./Schnurr S. 2013 (Hg.): Soziale Arbeit und Demokratie. Wiesbaden
- Gern, W./Segbers, F. 2009 (Hg.): Als Kunde bezeichnet, als Bettler behandelt. Erfahrungen aus der Hartz IV-Welt. Hamburg
- Gräser, M. 2009: Wohlfahrtsgesellschaft und Wohlfahrtsstaat. Bürgerliche Sozialreform und Welfare State Building in den USA und in Deutschland, 1880 – 1940. Göttingen
- Hafeneger, B. 2012: Jugendproteste im Jahr 2011. In: Neue Praxis 42 (3/2012), S. 295-308
- Hirsch, J. 1998: Vom Sicherheits- zum nationalen Wettbewerbsstaat. Berlin
- Isin, E.F./Nielsen, G.M. 2008: Introduction. Acts of Citizenship. In: dies. (Hg.): Acts of citizenship. London, S. 1-12
- Janoski, T./Gran, B. 2002: Political Citizenship: Foundations of Rights. In: Isin E.F./Turner B.S. (Hg.): Handbook of citizenship studies. Los Angeles, S. 13-52
- Jenson, J./Phillips, S. 1996: Staatsbürgerschaftsregime im Wandel – oder: Die Gleichberechtigung wird zu Markte getragen. In: Prokla 26 (105), S. 515-542
- Jobard, F. 2004: Der Ort der Politik. Politische Mobilisierung zwischen Aufstandversuchung und Staatsgewalt in einer Pariser Vorstadt. In: Berliner Journal für Soziologie 14 (3), S. 319-338
- Kappeler, M. 2013: Heimerziehung in der (alten) Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik – und was wir daraus lernen können. Eine Textcollage. In: Widersprüche 33. Jg. (129), S. 17-33
- Kessl, F./Wagner, T.: „Was vom Tisch der Reichen fällt...“ Zur neuen politischen Ökonomie des Mitleids. In: Widersprüche 31 (119/120), S. 35-52
- Klein, A./Olk, T./Hartnuß, B. 2010: Engagementspolitik als Politikfeld: Entwicklungserfordernisse und Perspektiven. In: Olk T./Klein A./Hartnuß H. (Hg.): Engagementspolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe. Wiesbaden, S. 24-59
- Lenhard, G./Offe, C. 1977: Staatstheorie und Sozialpolitik. Politisch-soziologische Erklärungsansätze für Funktionen und Innovationsprozesse der Sozialpolitik. In: Kaufmann F.-X. (Hg.): Soziologie und Sozialpolitik. Opladen, S. 98-127
- Lessenich, S. 2009: Mobilität und Kontrolle. Zur Dialektik der Aktivgesellschaft. In: Dörre K./Lessenich S./Rosa H. (Hg.): Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte. Frankfurt am Main, S. 126-177
- /Nullmeier, F. 2006: Einleitung: Deutschland zwischen Einheit und Spaltung. In: dies. (Hg.): Deutschland – eine gesplante Gesellschaft. Frankfurt am Main, S. 7-27

- Lister, R. 1997: *Citizenship. Feminist perspectives*. New York
- 2007: Staatsbürgerschaft und Differenz. Plädoyer für einen differenzierten Universalismus. In: Mackert J./Müller H.-P. (Hg.): *Moderne (Staats)Bürgerschaft. Nationale Staatsbürgerschaft und die Debatten der Citizenship Studies*. Wiesbaden, S. 395-413
- Mackert, J. 1999: *Kampf um Zugehörigkeit. Nationale Staatsbürgerschaft als Modus sozialer Schließung*. Opladen
- Manin, B. 2007: *Kritik der repräsentativen Demokratie*. Berlin
- Marshall, T. H. 1992: *Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates*. Frankfurt am Main
- Marx, Karl 1975: *Zur Judenfrage*. In: ders.: *Frühe Schriften*, Bd. 1. 3.,: Wiss. Buchges., S. 451-487
- Mouffe, C. 2007: *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion*. Frankfurt am Main
- Mührel, E./Birgmeier, B. 2013 (Hg.): *Menschenrechte und Demokratie. Perspektiven für die Entwicklung der Sozialen Arbeit als Profession und wissenschaftliche Disziplin*. Wiesbaden
- Müller, C. 2005: *Sozialpädagogik als Erziehung zur Demokratie. Ein problemgeschichtlicher Theorieentwurf*. Bad Heilbrunn
- Mürner, Chr./Sierck, U. 2012: *Behinderung. Chronik eines Jahrhunderts*. Weinheim
- Munsch, C. 2005: *Die Effektivitätsfalle. Bürgerschaftliches Engagement und Gemeinwesenarbeit zwischen Ergebnisorientierung und Lebensbewältigung*. Hohengehren
- Normann, E. 2005: „Wenn man wollte, konnte man es durchhalten!“. Erzieherische Hilfen aus der Nutzerperspektive. In: Oelerich G./Schaarschuch A. (Hg.): *Soziale Dienstleistungen aus Nutzersicht. Zum Gebrauchswert sozialer Arbeit*. München, S. 28-48
- Oehler, P. 2013: *Das Abenteuer der Demokratie – Zur Rekonstruktion einer demokratischen Sozialen Arbeit*. In: Geisen T./Kessl F./Olk T./Schnurr S. (Hg.) (2013), S. 101-119
- Poulantzas, N. 2002: *Staatstheorie*. Hamburg
- Rancière, J. 2002: *Das Unvernehmen. Politik und Philosophie*. Frankfurt am Main
- 2010: *Demokratie und Postdemokratie*. In: Badiou, A./Rancière, J. (Hg.): *Politik der Wahrheit*. Wien
- Redaktion Widersprüche 2012: *Einspruch! Partizipation und Rechtsansprüche in Politik, Gesellschaft und Sozialer Arbeit*. Münster
- Schaarschuch, A. 1999: *Theoretische Grundelemente Sozialer Arbeit als Dienstleistung*. In: *Neue Praxis* 29 (6), S. 543-557
- Seithe, M. 2012: „Welche Zukunft ist gemeint?“. In: *Neue Praxis* 42 (1), S. 60-70
- Staub-Bernasconi, S. 2012: *Soziale Arbeit und Soziale Probleme. Eine disziplin- und professionsbezogene Bestimmung*. In: Thole W. (Hg.): *Grundriss Sozialer Arbeit: ein einführendes Handbuch*,. Wiesbaden, S. 267-282

- Stehr, J./Schimpf, E. 2012: Ausschlussdimensionen der Sozialen-Probleme-Perspektive in der Sozialen Arbeit. In: Schimpf, E./Stehr, J. (Hg.): Kritisches Forschen in der Sozialen Arbeit. Gegenstandsbereiche – Kontextbedingungen – Positionierungen – Perspektiven. Wiesbaden, S. 27-42
- Steinacker, S. 2008: „...fachlich sauber und im Geist des Nationalsozialismus...“. Voksgemeinschaftsideologie und Fürsorgeerziehung nach 1933. In: Neue Praxis 38. (5), S. 459-477
- Sünker, H. 2002: Demokratie, Partizipation und politische Sozialisation. In: Widersprüche 22. (85), S. 7-17
- Thompson, D. F. 1970: The democratic citizen. Social science and democratic theory in the 20th century. Cambridge
- Treptow, R. 2008: Gegenwart gestalten – auf Ungewissheit vorbereiten. Bildung in der Heimerziehung. In: Neue Praxis 38 (1), S. 7-24
- Urban-Stahl, U. 2012: Der Widerspruch wird hoffähig?!? Ombuds- und Beschwerdestellen in der Jugendhilfe. In: Widersprüche 32 (123), S. 69-80
- Verba, S./Schlozmann, K. L./Brady, H. E. 1995: Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics. Cambridge/London
- Vester, M. 2009: Soziale Milieus und die Schieflagen politischer Repräsentation. In: Linden M./Thaa W. (Hg.): Die politische Repräsentation von Fremden und Armen. Baden-Baden, S. 21-59
- Wagner, T. 2012: „Und jetzt alle mitmachen!“ Ein demokratie- und machttheoretischer Blick auf die Widersprüche und Voraussetzungen (politischer) Partizipation. In: Widersprüche 32 (123), S. 15-38
- 2013: Entbürgerlichung Durch Adressierung? Eine Analyse des Verhältnisses Sozialer Arbeit zu den Voraussetzungen Politischen Handelns. Wiesbaden

*Thomas Wagner, Hochschule Ludwigshafen am Rhein,
Maxstraße 29, 67059 Ludwigshafen am Rhein
E-Mail: thomas.wagner@hs-ludwigshafen.de*